

Stellungnahme der DB Energie GmbH zur Konsultation zum Festlegungsverfahren zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen (BK6-20-059).

Frankfurt am Main, 11.08.2020

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat zum 30.06.2020 die geplanten Inhalte einer Festlegung zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen veröffentlicht und zur Konsultation gestellt.

Die DB Energie GmbH (DB Energie) nimmt diese Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme gerne wahr.

Hintergrund

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus (NABEG) vom 13.05.2019 ergeben sich weitreichende Änderungen am Netzengpassmanagement in Deutschland. Die Regelungen zum Einspeisemanagement aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG 2017) werden mit Wirkung zum 01.10.2021 in das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) überführt. Der Kreis der nach § 13a Abs. 1 EnWG zu Redispatch verpflichteten Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von elektrischer Energie wird hierdurch stark erweitert. § 13a Abs. 1a EnWG (in der ab dem 1. Oktober 2021 geltenden Fassung) legt gleichzeitig einen beiderseitigen Anspruch auf bilanziellen Ausgleich zwischen betroffenen Bilanzkreisverantwortlichen und Netzbetreibern fest. Darüber hinaus formuliert § 13a Abs. 5 EnWG (in der ab dem 1. Oktober 2021 geltenden Fassung) eine Abstimmungs- und Koordinierungspflicht für Redispatch-Maßnahmen zwischen anfordernden Netzbetreibern und Anschlussnetzbetreibern der betroffenen Anlagen sowie sämtlichen zwischengelagerten Netzbetreibern.

Im Rahmen einer Branchenlösung hat der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) Vorschläge zur Umsetzung der Änderungen und Vorgaben, welche sich aus dem NABEG ergeben, gemacht. Diese beschreibt nach Ansicht des BDEW nötige Prozesse und Datenbedarfe im Rahmen der zukünftigen Durchführung von Redispatch-Maßnahmen, unter anderem auch zum bilanziellen Ausgleich, welche teilweise auch Inhalt dieser Konsultation sind.

Betroffenheit DB Energie / Besonderheit des Bahnstromsystems

Die DB Energie begrüßt, dass mit den Änderungen im Zuge des NABEG das Engpassmanagement in Deutschland effizienter und kostengünstiger werden soll. Gleichzeitig bringen die Neuerungen jedoch auch einen hohen Mehraufwand vor allem für Netzbetreiber mit sich. Dieser ergibt sich unter anderem aus einer Vielzahl neuer massengeschäftstauglicher Prozesse, die etabliert werden müssen sowie damit einhergehenden neuen bzw. erweiterten Datenbedarfen.

Als Bahnstromnetzbetreiber (BNB) betreibt die DB Energie das 110-kV-Bahnstromnetz mit einer Frequenz von 16,7 Hz. Aufgrund der abweichenden Frequenz besteht eine galvanische Trennung von den Netzen der öffentlichen Versorgung, die mit Drehstrom der Frequenz von 50 Hz betrieben werden. Das 16,7-Hz-Bahnstromnetz speist sich daher direkt aus den angeschlossenen Bahnstromkraftwerken sowie Umformer- und Umrichterwerken (Ufw/Urw), welche jeglichen Energiebezug aus den vorgelagerten 50-Hz-Netzen der öffentlichen Versorgung erst hinsichtlich der Frequenz anpassen müssen. Leistungsungleichgewichte müssen daher aus techni-

schen Gründen eigenständig ausgeregelt werden, womit es sich beim Bahnstromnetz um ein autonom geregeltes Verteilnetz mit dem BNB als Systemverantwortlichen handelt. In das Bahnstromnetz einspeisende Kraftwerke unterfallen damit nicht der Regelverantwortung der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB). Sie sind daher nicht für Redispatch-Maßnahmen in den Regelzonen der öffentlichen Netze heranzuziehen.

Bei den Ufw/Urwhandelt es sich um Netzelemente und keine Anlagen zur Erzeugung oder Speicherung elektrischer Energie gemäß § 13a Abs. 1 EnWG. Aufgrund der genannten technischen Gegebenheiten haben gegenläufige Änderungen in der Wirkleistungseinspeisung von zwei Bahnstromkraftwerken zum Engpassmanagement innerhalb des Bahnstromnetzes keine direkten Auswirkungen auf die öffentlichen Netze und umgekehrt. Um eine Redispatch-Maßnahme innerhalb des Bahnstromnetzes durchzuführen, ist darüber hinaus nur ein Austausch zwischen dem BNB und den Betreibern der betroffenen Bahnstromkraftwerke nötig, eine Maßnahmenkoordinierung mit weiteren Netzbetreibern über verschiedene Netzebenen hinweg ist hierbei nicht erforderlich.

Vorschlag DB Energie

Im Rahmen der Datenlieferungspflichten nach der „Generation and Load Data Provision Methodology“ (GLDPM) für Verteilnetzbetreiber (VNB) meldet der BNB ausschließlich die Planungs- und Prognosewerte des Energiebezuges der Ufw/Urwh an die ÜNB. Die Ufw/Urwh des Bahnstromnetzes treten dabei also vergleichbar zur Marktrolle eines Letztverbrauchers auf.

Die DB Energie schlägt vor, diese Verfahrensweise für die aktuell zur Konsultation stehenden massengeschäftstauglichen Prozesse zu übernehmen und von einer vollumfassenden Umsetzung in Bezug auf das Bahnstromnetz abzusehen. Eine solche würde hier zusätzliche Kosten ohne einen Mehrwert erzeugen und somit der Intention des NABEG entgegenstehen.

Eine Umsetzung innerhalb des Bahnstromnetzes sollte auf die tatsächlich notwendigen Prozesse beschränkt werden. Hierbei müssen die von den Netzen der öffentlichen Versorgung abweichenden Besonderheiten des Bahnstromsystems berücksichtigt werden. Die DB Energie weist in diesem Zusammenhang auch auf das laufende Festlegungsverfahren zur Regelung des Zugangs zum Bahnstromnetz der BNetzA (BK6-19-016).

Rückfragen der BNetzA mit der expliziten Bitte um Stellungnahme

Frage 1: Sollten massengeschäftstaugliche Prozesse nach Anlage 2 und 3 im Zusammenhang mit Redispatch-Maßnahmen von Netzbetreibern umgesetzt werden, die bisher nicht von Einspeisemanagement/Redispatch betroffen waren oder keine steuerbaren 100 kW Anlagen im Netz haben?

Neben ihrer Rolle als Bahnstromnetzbetreiber betreibt die DB Energie auch dezentrale 50-Hz-Verteilnetze der Mittelspannungs- und Niederspannungsebene zur Versorgung von Bahnhöfen und Bahnanlagen. In diesen Netzen sind vereinzelt auch erneuerbare Energien Anlagen installiert. Die dort erzeugten Energiemengen werden mittels kaufmännisch-bilanzieller Durchleitung direkt in den Bilanzkreis des vorgelagerten VNB eingestellt. In diesem Zusammenhang erachtet es die DB Energie daher als sinnvoll, dass auch die hier zur Konsultation stehenden Kommunikations- und Bilanzierungsprozesse direkt durch den vorgelagerten VNB wahrgenommen werden, beziehungsweise auf ihn übertragen werden können. Hierdurch ließe sich der entstehende Mehraufwand minimieren, während gleichzeitig der bilanzielle Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen sichergestellt ist.

Frage 2: Wird eine Beschränkung der Anwendung der Festlegung auf Anlagen zur Erzeugung oder Speicherung von elektrischer Energie ab 100 kW für sinnvoll gehalten?

Mit Blick auf die Herausforderungen, welche die Umsetzung der im Rahmen des NABEG beschlossenen Regelungen mit sich bringt, sollte eine Anwendung der Festlegung auf Anlagen zur Erzeugung oder Speicherung elektrischer Energie < 100 kW, wie vom BDEW in seiner Branchenlösung angedeutet, zurückgestellt werden. Sobald sämtliche Prozesse in der Branche etabliert sind und fehlerfrei funktionieren, könnte diese Frage dann erneut konsultiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

DB Energie GmbH

Ansprechpartner:

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]